

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Türkei 2015

Auch in diesem Jahr stellen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit die Türkei vor eine Zerreißprobe. Die Regierung unterbindet Aufmärsche oder antwortet auf Demonstrationen häufig mit Polizeigewalt. Dieses Bild zeichnet sich bei Protesten jeglicher Couleur ab.

Im Januar 2015 hat ein Gericht im Falle von Ali Ismail Korkmaz einen Polizisten zur Körperverletzung mit Todesfolge für schuldig befunden. Dies ist im Rahmen der Gezi Park Proteste das zweite Mal, dass ein Urteil gegen Sicherheitsbehörden ausgesprochen wurde.

Im März werden eine Reihe von Gesetzen vom Türkischen Parlament verabschiedet, die die Rechte von Polizisten gegenüber Demonstranten erheblich steigern, wenn es um die Festnahme oder den Einsatz von Schusswaffen geht. Ohnehin sind laut Berichten von Amnesty International willkürliche Verhaftungen während Demonstrationen Alltag. Mit der Verabschiedung der neuen Gesetze wird politisch motivierten Handlungen innerhalb des Polizeiapparates und Gefahren für das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Demonstrationen der Weg geebnet. Desweiteren dürfen laut Gesetz Festgenommene, sollten sie im Kontext von Gewalttaten stattfinden, bis zu 48 Stunden festgehalten werden.

Der jährliche "Pride March" wird einen Tag zuvor kurzfristig von den türkischen Behörden abgesagt mit der Begründung, es könne als Provokation verstanden werden und Gegner die Demonstration attackieren. Zuvor wurden die Veranstalter jedoch nicht von den Behörden benachrichtigt, obwohl sie in Kontakt miteinander standen. Bereits vor dem angekündigten Aufmarsch befinden sich tausende Polizisten bereit, als sich 5.000 Demonstranten versammeln. Die Polizei setzte sporadisch Tränengas und Wasserwerfer gegen Teile der Gruppe ein. Der Gouverneur verteidigte den Einsatz später damit, dass die Demonstration, wie es das Gesetz verlangt, nicht formell erlaubt war und die Polizei entsprechend gehandelt hätten.